

Ost-West-Beziehungen : es geht um Ideen

Autor(en): **Frei, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164161>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Daniel Frei

Ost-West-Beziehungen: Es geht um Ideen

Die zwei Grundkonzeptionen: Entspannung und friedliche Koexistenz

Politisches Denken und Handeln ist im Osten und im Westen durch eine je besondere Sprachregelung geprägt. Dahinter stehen zwei unversöhnliche Philosophien. Um diesen und um keinen andern Gegensatz geht es in erster Linie – der Streit dreht sich nicht um Raketen oder Panzerdivisionen, sondern um Ideen. Den unterschiedlichen Konzeptionen ist daher grösste Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Westen spricht oder sprach von «Entspannung», der Osten von «friedlicher Koexistenz». Diese beiden Begriffe decken sich nicht. Unter «Entspannung» versteht man im Westen eine Politik der gegenseitigen Anerkennung des *Status quo*, eine Politik des Verzichts auf territoriale Veränderungen. Der Westen hat bekanntlich darauf verzichtet, anlässlich der Revolutionen und Unruhen in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1980 den Bedrängten und um ihre Freiheit Ringenden zu Hilfe zu eilen. Umgekehrt erwartet er aber, dass die beim Ausgang des Zweiten Weltkriegs festgeschriebenen Grenzen weiterhin Geltung hätten und dass der Osten im Zeichen der Entspannung darauf verzichte, im Westen oder in der Dritten Welt sich einzumischen.

Ganz anders lautet aber die östliche Konzeption der «friedlichen Koexistenz». In Dutzenden, ja Hunderten von offiziellen Verlautbarungen wird von sowjetischer Seite immer wieder unzweideutig gesagt:

«Die friedliche Koexistenz ist eine spezifische Form des Klassenkampfes und bedeutet keineswegs, dass die harte Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern unterbrochen wird. In den internationalen Beziehungen gibt es keinen Stillstand. Die Form des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismässig untergeordneten und zeitweiligen Gründen. Aber das Wesen des Kampfes kann sich durchaus nicht ändern, solange es Klassen gibt. Der Kampf um friedliche Koexistenz ist kein Verzicht auf den Kampf gegen den Imperialismus, und der Kampf gegen den Imperialismus ist kein Verzicht auf den Kampf um friedliche Koexistenz. Im Gegenteil, die friedliche Koexistenz ist eine spezifische Form dieses Kampfes unter den heutigen historischen Bedingungen.»

Die Definition des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz besagt also, dass friedliche Koexistenz eine Form des internationalen Ringens ist, die aufgrund gegenwärtiger besonderer Umstände nicht mit Gewalt ausgetragen wird, aber eben doch Kampf bedeutet, und zwar Kampf bis zum Endsieg des Sozialismus.

Worin bestehen nun in marxistisch-leninistischer Sicht diese «besonderen Bedingungen unserer Zeit», die eine vorübergehend gewaltlose Austragung des internationalen Klassenkampfes nahelegen? Auch diese Frage beantworteten die offiziell gültigen Texte mit beeindruckender Geschlossenheit. Schlüsselwort ist hier der Begriff des sog. «internationalen Kräfteverhältnisses» (russisch «sootnoszenie sil»). Da heisst es: Dank der siegreichen Entwicklung des Weltsozialismus, dank der Entstehung und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, dank der militärischen Stärke der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hat sich in den vergangenen Jahren das internationale Kräfteverhältnis in wachsender Masse zugunsten des Sozialismus und auf Kosten des «Imperialismus» verändert. Dieser wurde so gezwungen, das Prinzip der friedlichen Koexistenz anzunehmen. Je stärker also der Sozialismus wird, desto mehr muss der Imperialismus klein begeben und auf seine aggressiven, kriegslüsternen Pläne verzichten, und desto mehr wird ein Fortgang der internationalen Klassenauseinandersetzung mit friedlichen Mitteln im Sinn der friedlichen Koexistenz möglich.

Der Vergleich der beiden Konzeptionen zeigt, dass die westliche Konzeption der Entspannung statisch gedacht ist, sich auf eine Stabilisierung der Verhältnisse ausrichtet, sich am Status quo orientiert, ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Systeme ins Auge fasst und eine Respektierung des gegenseitigen Besitzstandes nahelegt. Die östliche Konzeption der friedlichen Koexistenz dagegen war und bleibt dynamisch gedacht, auf Veränderung und Endsieg des Sozialismus hin ausgerichtet, eine Politik der Stärke, der sich ausdrücklich an der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses orientiert. So gesehen, ist logisch, was zunächst als abstrus erscheint: Militärische Aufrüstung zum Krieg dient dem Frieden, denn dadurch wird der Imperialismus in Schach gehalten, zurückgedrängt und dem weiteren siegreichen Vordringen des Sozialismus als dem Reich des Friedens Vorschub geleistet.

Was bleibt von zwei Jahrzehnten «Détente»?

Seit Mitte der sechziger Jahre ist bekanntlich ein Prozess in Gang gekommen, der schrittweise zu einem Dialog zwischen Ost und West und schliesslich zu einer Annäherung und scheinbar sogar, mit der Unterzeich-

nung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975, zu einer Einigung geführt hat. Heute – nach Abbruch dieser Übung und aus zeitlicher Distanz – sind wir besser in der Lage zu würdigen, was eigentlich in dieser Ära der sogenannten Entspannung schiefgelaufen ist.

Offenbar hat der Westen den Osten gründlich missverstanden und in naiver Weise angenommen, der Osten gehe von derselben statischen und auf gegenseitige Anerkennung der Einflussphären ausgerichteten Konzeption der Entspannung aus wie er selber. Er hat dann nach einigen Jahren erst seinen Irrtum bemerkt und sich entsprechend betrogen, getäuscht und folglich enttäuscht gefühlt. Und wer so fühlt, reagiert mit Zorn – daher der neue kalte Krieg.

Zum Auftakt der neuen «Ostpolitik» glaubten Willy Brandt und Egon Bahr, die Ost-West-Beziehungen noch auf die einfache Formel von «Wandel durch Annäherung» bringen zu können – Annäherung, Entgegenkommen, grosszügige Vorschussleistungen an den Osten würden zu einer inneren Entkrampfung und schliesslich frohen Liberalisierung der leider durch ihre begrifflicherweise defensive Haltung etwas verkrusteten und verstockten sozialistischen Länder führen. Genau das Gegenteil ist eingetroffen: Je mehr der Westen dem Osten entgegenkam und freundliche Beziehungen pflegte, desto stärker zog man im Osten die innere Schraube an. Just in der Zeit, als die Helsinki-Schlussakte unterzeichnet wurde, hat der damalige KGB-Chef Andropow auf der Dissidentenszene durchgegriffen und die letzten freilebenden Exemplare nichtkonformer Bürger in Irrenanstalten und Arbeitslagern verschwinden lassen oder in die Verbannung in Provinznestern versenkt.

Man hatte auch gehofft, durch pionierhaftes Vorantreiben des Entspannungsprozesses in Europa eine weltweite Verständigung, eine Art globalen Waffenstillstand zwischen Ost und West herbeizuführen gemäss dem Motto «Entspannung ist unteilbar». Allein, ausgerechnet in dem Moment, wo man nach der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki an der europäischen Front Entlastung fand, widmete der Osten seine Aufmerksamkeit voll und erst recht den aussereuropäischen Gebieten: Noch war die Tinte von Breschnews Unterschrift unter der Schlussakte von Helsinki nicht trocken, da tauchten auch schon kubanische Söldner, eingeflogen durch eine sowjetische Luftbrücke, in Angola und Moçambique auf. In Washington, Bonn und andernorts rieb man sich erstaunt die Augen ob solcher scheinbarer Unlogik. Man hatte Mühe zu verstehen, dass aus marxistisch-leninistischer Sicht es selbstverständliche «internationalistische Pflicht» ist, den Prozess der «nationalen Revolution» mit allen Mitteln voranzutreiben und seine Mittel erst recht an die Front in der Dritten Welt zu werfen, nachdem die Front in Europa entlastet war.

Zudem nahmen westliche Staatsmänner ursprünglich an, dass die Verbesserung der ost-westlichen Atmosphäre durch eine Politik der freundlichen kleinen Schritte über kurz oder lang auch zu einer Entspannung im militärischen Bereich, zu einem Abbremsen des Wettrüstens und schliesslich zu Abrüstung führen würde. Auch diese Hoffnung ist geplatzt. Man weiss heute, dass der Beschluss zur Aufstellung der Europa so tödlich gefährdenden SS-20-Raketen, die erstmals 1977/78 gesichtet wurden, ausgerechnet zur selben Zeit gefällt worden ist, als im Jahr 1974/75 in Helsinki die Schlussakte ausgehandelt wurde. Auch diese Koinzidenz erscheint westlichem Entspannungsdenken grotesk unlogisch, eisern folgerichtig dagegen aus marxistisch-leninistischer Sicht: Wenn es nämlich die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus ist, die den Westen gezwungen hat, in eine Politik der friedlichen Koexistenz einzuwilligen, so liegt es nahe, diesen Prozess weiter zu fördern, indem man weiter rüstet und den Westen zwingt, sich noch friedlicher zu verhalten. Die Aufstellung der SS-20 bildet somit nichts anderes als eine dem Frieden äusserst dienliche flankierende Massnahme zur Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki.

Im wirtschaftlichen Bereich lautete die Ausgangsthese westlicher Entspannungspolitik, dass man durch die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten schaffe, in dem der sowjetische Riese gewissermassen wie einst Gulliver durch die tausend dünnen Fäden der Liliputaner gefesselt und gezähmt würde. Auch diese Rechnung ging nicht auf: Keineswegs hat sich der sowjetische Riese in solcher Weise einwickeln lassen, sondern er hat den Westhandel nur dazu benützt, da und dort auftretende, strukturell bedingte Mängel auszugleichen und sich vom Westen das zu beschaffen, was er selber nicht hat, insbesondere moderne Technologie. Andererseits hat er die westlichen Finanzmärkte in solcher Weise beansprucht und die westlichen Kapitalisten ihre eigenen Fehler laufend finanzieren und refinanzieren lassen, dass manche osteuropäische Länder schliesslich hart an der Schwelle des Staatsbankrotts standen und westliche Kreditgeber in arge Verlegenheit gerieten. Da zeigte sich dann plötzlich mit einem Mal, wer zufolge der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West von wem abhängig geworden war und wer jetzt bangen muss – nämlich die westlichen Kapitalisten um ihr dem Osten geliehenes gutes Geld.

Kurz: Welchen Aspekt auch immer man in der westlichen Entspannungspolitik der siebziger Jahre betrachtet, stets kommt man zum gleichen Ergebnis: Nicht nur trafen die im Westen gehegten Theorien und Erwartungen nicht zu, sondern diese erwiesen sich ausnahmslos als so falsch, dass jeweils ausgerechnet das Gegenteil des Erhofften eintrat. Die Entspannungs-

politik bildet eine Pleite von welthistorischem Ausmass – und eine Tragödie dazu, denn die Sehnsucht nach Frieden und Freiheit, die insbesondere die Menschen im Osten mit der neuen Ära verknüpft hatten, ist auf diese Weise betrogen worden. Man hätte es auf westlicher Seite an sich besser wissen können und auch besser wissen müssen, hätte man die offiziellen sowjetischen Erläuterungen zum Prinzip der «friedlichen Koexistenz» nur ernstgenommen.

Triebkräfte sowjetischen Handelns

Jene Doktrin der sowjetischen Weltpolitik liefert in der Tat den Schlüssel zum Verständnis der Ost-West-Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Doch glaubt die Sowjetführung wirklich an das, was sie an ideologischen Grundsätzen verkündet? Handelt es sich hierbei nicht vielmehr um Lippenbekenntnisse?

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst die ungeheure Machtfülle vergegenwärtigen, über die die Herrschenden in der Sowjetunion verfügen. Was im Westen an Entscheidungsbefugnis auf Millionen einzelne aufgespalten ist, findet sich dort in wenigen Händen konzentriert, nämlich alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, sodann Entscheidungen über all das, was man denken und sagen darf, Entscheidungen auch über Dinge, die in der freien Welt im Zeichen der Gewaltenteilung gar nicht den politischen Behörden zustehen, beispielsweise Entscheidungen der Justizbehörden im Sinn der parteilichen Justiz. All das, diese im wörtlichsten Sinn totale – genauer: totalitäre – Machtfülle in der Hand einiger weniger, muss irgendwie gerechtfertigt, legitimiert werden.

Das Legitimationsprinzip sowjetischer marxistisch-leninistischer Herrschaft liegt aber eindeutig nicht in der demokratischen Mandatierung der Entscheidungsträger durch das Volk, sondern ausschliesslich im ideologischen Anspruch. Die Partei ist im Besitz von nicht weniger als der Wahrheit schlechthin. Sie besitzt die richtige Lehre von der objektiven Notwendigkeit. Sie hat das Gesetz der Geschichte gepachtet, und sie übt ihre ungeheure Machtfülle kraft der Berufung auf diese angebliche objektive Wahrheit aus, gleichgültig, ob die Mehrheit des Volkes ihr zustimmt oder nicht. Denn wenn das Volk nicht zustimmen würde, so irrte das Volk und nicht die Partei.

Jene, die führen, das sind die Angehörigen der Parteibürokratie, eine verschwindend kleine Minderheit, das was Djilas als die «neue Klasse» bezeichnet hat, nach eigenem Verständnis die sog. «Nomenklatura», also die Menschen, die auf der Liste mit genau festgelegten Zuständigkeiten

aufgeführt sind. Diese kleine Gruppe steht als Verwaltende der grossen Masse der anderen, der Verwalteten, der Geführten, gegenüber. Die Sowjetgesellschaft ist in diesem Sinne eine echte Klassengesellschaft. Die Nomenklaturaklasse verfügt im übrigen über ungeheure Privilegien, die sich vom gewöhnlichen Volk deutlich abheben: Dienstwagen, Datschen, Spezialläden, Spezialferienorte und Spezialkliniken.

Gleichgültig, ob nun der einzelne an die Ideologie glaubt oder nicht, er *muss* dauernd im ideologischen Bezugssystem denken oder zumindest verbal sich darauf berufen, um Machtfülle und Privilegien zu rechtfertigen – oder eben sich selbst in Frage stellen und sich gar selbst absetzen. Auch ein Handeln im Geist der Ideologie wird unvermeidlich, sozusagen im Sinn der doppelten Verneinung: Ein Angehöriger der Nomenklatura kann nicht nicht sog. antiimperialistische Strömungen in der Dritten Welt unterstützen. Er kann nicht nicht Schwächen des Westens ausnützen, wo sie sich zeigen.

Aufgrund dieses innenpolitischen Mechanismus also, aufgrund der Notwendigkeit der Herrschaftsrechtfertigung, hat die Ideologie einen mächtigen und prägenden Einfluss auf die praktische Politik der Sowjetherrschaft. Die Vermutung, die ideologischen Verlautbarungen seien weiter nichts als Schall und Rauch, wäre eine Selbsttäuschung.

Westliche «Entspannungsfreunde» unterschätzen nicht nur die Kraft des Ideologischen, sondern billigen der sowjetischen Führung gerne auch den Milderungsgrund einer im Grunde defensiven Orientierung zu. Ist es nicht so, dass die Sowjetunion, falls erst die Bedrohung aus dem Westen aufhört, sich zufrieden und genügsam auf sich selber zurückzieht? In der Tat denken die herrschenden Kreise im Osten defensiv – aber weit gründlicher, als viele im Westen meinen. Die Nomenklatura hat tatsächlich Angst, aber nicht Angst um die nationale Sicherheit, sondern um die Regimesicherheit. Bedroht fühlt sie sich nicht als Nation, sondern – und wohl nicht zu Unrecht – als herrschende Klasse. Sie hat ja auch einiges zu verlieren, alles nämlich – Macht und Privilegien. Wenn man in Moskau beobachtet, in wie paranoider Weise sich die Parteioberen absichern, sich mit mehrfachen Sicherheitskreisen umgeben, in Büros und Gebäuden ohne Beschriftung tagen und sich zu heimlichem Tun treffen, als wäre die Partei nicht schon seit dem Oktober 1917 an der Macht, sondern erst gerade gestern abend durch einen Putsch mit noch ungewissem Ausgang an die Macht gekommen, kann nicht verkennen, dass die herrschende Nomenklatura Angst hat: Angst vor dem eigenen Volk; Angst vor dem freien Wort; Angst vor einer Vielfältigungsmaschine, deren Besitz in der Sowjetunion verboten ist; Angst vor einem Xeroxapparat, den man mehr fürchtet als eine Maschinenpistole; Angst vor der Zeitung im Reisegepäck eines Touristen, die beschlagnahmt wird, als handle es sich um eine Substanz mit gefährlicher radioaktiver

Strahlung; Angst aber und vor allem vor dem Vorbild des Westens; Angst vor der leuchtenden Alternative einer freien demokratischen Gesellschaft.

Für die herrschende Schicht der Nomenklaturklasse, die ja ausser der Berufung auf den Besitz der angeblich ewigen Wahrheit des Gesetzes der Geschichte keine andere Legitimität besitzt als die handfeste Macht von Armee, Polizei, parteilicher Justiz, Geheimdiensten, «Gulags» im Innern und Stacheldrahtzäunen, die die Leute am Davonlaufen hindern, gegenüber aussen – für diese Nomenklatura bedeutet die Existenz einer Alternative, die Existenz der demokratischen Gesellschaft mit Meinungspluralismus, freier Presse, Opposition, Wahl – und vor allem auch Wegwahl – von Regierungen, tatsächlich eine ungeheure Herausforderung, eine echte Bedrohung, die erst nachlässt, wenn sie ganz «liquidiert» ist.

Hier liegt im Grunde die letzte Triebfeder des sowjetischen Sicherheitsstrebens: Es geht um Regimesicherheit, nicht um nationale Sicherheit. Und in diesem Sinne gesehen, verhält sich die Sowjetführung tatsächlich rein defensiv – aber leider unersättlich defensiv, und sicher fühlen kann sie sich erst dann, wenn sie, wie dies in marxistisch-leninistischer Sprachregelung heisst, den «Endsieg des Sozialismus» erreicht hat. Wenn westliche Politiker glauben, man müsse einfach ein bisschen nett sein mit der Sowjetführung, so irren sie sich, denn die herrschende Nomenklatura hasst und fürchtet den Westen nicht dessentwegen, was er tut, sondern was er ist.

Ausblick

Vor dem Hintergrund der ideologischen und historischen Rahmenbedingungen der Ost-West-Beziehungen scheinen drei Überlegungen zur künftigen Gestaltung der westlichen Ostpolitik am Platz.

1. Was zählt, sind präzise Begriffe und Ideen. Man hat sich vor ideologischer Falschmünzerei zu hüten. Das beginnt schon mit der Definition dessen, worum es zwischen West und Ost geht. Die Frage der Ost-West-Beziehungen ist nicht eine Frage von Krieg und Frieden, wie es die östliche Propagandamaschinerie unermüdlich einhämmert – und dabei als selbstverständlich voraussetzt, dass die Sowjetunion auf der Seite des «Friedens» und der Westen auf seiten des Kriegs steht. Sondern es geht um das Ringen zwischen Freiheit und Unterdrückung. Krieg und Frieden sind lediglich Folgen dieses grundlegenden Konflikts zwischen politischen Ordnungsvorstellungen. Wenn der Westen die Kriegsangst zum alleinigen Motiv seines Handelns werden lässt, gibt er den eigentlichen Wert westlicher freiheitlicher Existenz preis. Dann braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die junge Generation in unseren Ländern auf der Suche nach Idealismus und mehr Engagement allerlei Ideologen nachläuft und letztlich zum

blinden, willigen Opfer marxistisch-leninistischer Verführer wird, die sich idealistisch und zukunftsgläubig geben.

Der freie Westen hat gute Gründe, auf seine ideelle Grundlage stolz zu sein und sie auch zu verkünden, denn der Mensch ist seinem tiefsten Wesen nach darauf hin ausgerichtet, in einer freien, demokratischen Gesellschaft zu leben, und dieser Gesellschaft gehört die Zukunft. Präsident Reagan tut instinktiv das Angemessene, wenn er in der Ost-West-Auseinandersetzung wieder die ideelle Komponente aufleben lässt, wenn er den Mut hat, das Gute gut und das Schlechte schlecht zu nennen, und davon spricht, dass die Sowjetherrschaft im Grunde einen «Irrweg der Geschichte» darstellt und der Marxismus-Leninismus das «Reich des Bösen». Damit sei nicht etwa einem neuen kalten Krieg das Wort geredet, wohl aber einer Besinnung auf die ideellen Grundlagen der Ost-West-Auseinandersetzung.

2. Man vermeide falsche Symmetrien. Es ist eben nicht so, dass das, was der eine in Afghanistan treibt, auf dasselbe herauskommt wie das, was der andere in Grenada tut. Vietnam ist nicht Chile. Die britische Kohlearbeitergewerkschaft ist nicht Solidarnosc. Was dem einen die SS-20, sind dem andern nicht einfach die Pershings. Wer das verkennt, ist Opfer jener Krankheit, die man mit einem Begriff aus der klinischen Psychiatrie «Verhältnisblödsinn» nennt – eine leider im Westen, auch in der neutralen Schweiz, sehr verbreitete Krankheit, wo «überparteiliche» Medienschaffende immer wieder glauben, ihre Überlegenheit in der Haltung der «Pest über beide Häuser» zum Ausdruck bringen zu müssen. Die Krankheit des Verhältnisblödsinns falscher Symmetrien ist besonders fatal, wenn sie sich mit akuter Gedächtnisschwäche verbindet, die viele heute dazu führt, ihren Blick von der Friedhofstille in Kambodscha und dem Unmass an Terror und Unterdrückung im heutigen Vietnam dezent abzuwenden und statt dessen ihren ganzen Eifer der Solidarisierung mit jener Partei zuzuwenden, die unter dem Banner der angeblichen revolutionären Volksbeglückung in Nicaragua herrscht.

3. Erforderlich ist mehr Festigkeit. Nur Festigkeit vor allem auch im Rüstungspolitischen Bereich führt zu einer Art Entspannung. Die Geschichte der Abrüstung und Rüstungskontrolle lehrt, dass Fortschritt immer dann möglich war, wenn der Westen beharrlich und verblüffungsfest verhandelte. Nixon erzielte Durchbrüche, nicht aber der «Liberale» Jimmy Carter. Leninisten haben einen gesunden Respekt vor Macht und empfinden Verachtung für Schwäche, die in ihren Augen nur Ausdruck von Dekadenz sein kann. Festigkeit und Beharrlichkeit aber bilden die Grundlage für abrüstungspolitischen Fortschritt, den jedermann ersehnt und der im abgekürzten Verfahren nicht erhältlich ist – es sei denn um den Preis der Selbstaufgabe.